Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt"

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinde Oberlößnitz

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung" erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung" ist zu beziehen durch die kaiserlichen Postanstalten, die Landbriefträger und durch unsere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Anzeigen-Preise:

Die einspaltige Zeile 15 Pfg., unter „Eingesandt" 40 Pfg. Anzeigen-Annahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmestellen sind: Unsere Geschäftsstelle, kleine Meißner Gasse Nr. 4, Invalidendank, Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, G. L. Daube & Co. in Leipzig, Frankfurt a. M.; G. Kohl in Kesselsdorf; Hugo Mächler in Klotzschenbroda, Otto Dittrich in Reinhardsdorf, Hugo Opitz in Leubnitz-Neuostra, Emil Hollan in Serkowitz, Rud. Grimm in Dresden-Wölfnitz, Friedrich Teuchert in Cossebaude, Reinh. Wolthe in Moritzburg, Otto Kunath in Cotta, Max Feurich in Loschwitz.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Nr. 31. Dresden, Dienstag, den 7. Februar 1905. 67. Jahrgang.

Das Neueste.

Der deutsche Kronprinz reiste heute nach Florenz ab.

Die Siebener-Konferenz in Bochum beschloß, daß infolge der Berggesetznovelle von 14 Forderungen der Bergleute zehn fallen gelassen werden können.

Eine Versammlung der Bergarbeiter in den belgischen Kohlenbassins beschloß den Beginn des allgemeinen Ausstandes für heute.

In Bruch (Böhmen) wurden gestern die Bergarbeiter durch Plakate zum Streik aufgefordert.

Die Beschlüsse über die Reformen in der Arbeitergesetzgebung wurden in Rußland amtlich veröffentlicht.

Das japanische Abgeordnetenhaus hat das Gesetz angenommen, wonach der Betrieb von Bergwerken Ausländern verboten wird.

Südlich von Mukden dauern die Scharmützel und Kämpfe um einzelne Ortschaften fort.

Zum Aufstande in Deutsch-Südwestafrika.

Im Namen mehrerer Ansiedler hat ein Herr v. Heinitz in der Zeitschrift „Ons Land" folgende Angaben über die Ursachen des Aufstandes gemacht:

In betreff dieses traurigen Ereignisses dürfte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß dasselbe vermieden worden wäre, wenn Herr Gouverneur Leutwein mit 50 bis 100 Soldaten Gibeon rechtzeitig besetzt hätte. Dieser Absicht hat derselbe auch von Anfang August ab durch verschiedene Heliogramme und Privatbriefe an Herrn v. Burgsdorff Ausdruck gegeben, dieselbe jedoch leider nicht zur Ausführung gebracht. Jetzt nachdem das Unglück geschehen ist, wird von verschiedenen Seiten versucht, die Schuld dem Herrn Bezirksamtmann v. Burgsdorff zur Last zu legen, indem behauptet wird, daß derselbe sich der Besetzung Gibeons widersetzt und dieselbe hintertrieben habe. Alle diese Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit und können nur als Verleumdung bezeichnet werden, denn schon seit Jahren war Herr v. Burgsdorff bemüht, eine Garnison nach Gibeon zu bekommen, siehe Gebirgsbatterie v. Heydebreck und Ausbildung der Burenrekruten. Auch in der letzten Zeit hat er in diesem Sinne weiter gearbeitet, was außer dem bereits begonnenen Bau eines Offizierkasinos in Gibeon, auch der schriftliche Verkehr mit seinen Behörden nachzuweisen imstande sein wird. Wenn Herr v. Burgsdorff einen Fehler beging, so war es seine zu milde Eingeborenenpolitik, da ihm dieselbe jedoch vom Herrn Gouverneur vorgeschrieben war, so hatte er als Untergebener zu gehorchen und nach den ihm gegebenen Vorschriften zu handeln, und kann ihm dieser Fehler nicht angerechnet werden. Außerdem hat Herr v. Burgsdorff als Ehrenmann und alter Soldat mit Todesverachtung sein Leben in die Schanze geschlagen und dadurch, wenn er einen Fehler beging, denselben mit dem Besten, was er hatte, gesühnt.

Der Grund zum Aufstande dürfte vielleicht in folgendem zu suchen sein: erstens hat der Missionar H. auf Rietmont von der Kanzel herab den Witbois als Strafe für ihre Sünden die Entwaffnung durch eine zu erwartende größere Truppenmacht der Regierung angedroht und zweitens hat Herr Gouverneur Leutwein den Bezirksamtmann v. Burgsdorff mindestens vier- bis fünfmal heliographisch beauftragt, dem Hendrik Witboi zu bestellen, daß er mit seinen ganzen Großleuten den Herrn Gouverneur und Bezirksamtmann v. Burgsdorff an einem bestimmten Tage, anfänglich in Gibeon, dann in Rietmont zu erwarten habe. Da nun Herr Gouverneur Leutwein nie kam, und Herr v. Burgsdorff immer wieder neue Termine ansetzte, haben die Witbois resp. Hendrik wahrscheinlich das Vertrauen zu Herrn v. Burgsdorff verloren und geglaubt, daß sie künstlich hingehalten werden sollten, dazu kommen noch falsche Gerüchte durch die von der Nordarmee entlaufenen 19 Witbois über große Verluste unserer Truppen und die Unmöglichkeit der Niederwerfung der Hereros, sowie das Gerücht, daß Se. Exzellenz v. Trotha und Major v. Estorff tot seien und der Unterkapitän Daniel Piter von den Deutschen erschossen sei.

Bei einer der letzten Bestellungen an H. Witboi, die Herr v. Burgsdorff durch den Unterkapitän Samuel Isaak ausführen ließ, sagte Samuel Isaak zu Herrn v. Burgsdorff: „meskin shall die Gouverneur noit kommen, denn wir Menschen hove ganz andre Ding."

In einer zweiten Zuschrift an „Ons Land" wird über das Verhalten des Bezirksamtmanns von Burgsdorff nach dem Ausbruch des Witboi-Aufstandes gesagt: Zu Beginn des Oktober erhoben sich plötzlich, ohne daß jemand darauf rechnete, die Witboi-Hottentotten, nicht nur, wie sie selbst sagten, gegen die deutsche Regierung, sondern gegen alles, was nicht schwarz ist. Ritterlich hat Witboi selbst der kaiserlichen Bezirksamtmannschaft zu Gibeon brieflich angezeigt, daß er den Krieg erkläre, aber teuflisch ist die Art und Weise, wie der Krieg bis jetzt geführt worden ist. . . . . Der Bezirksamtmann von Gibeon, der wußte, daß Witboi Krieg mache, warnte niemanden, sandte mittels Heliographen Bericht an das Gouvernement, verbot den Heliographisten, über den Bericht etwas zu sagen und ritt am 3. Oktober zu Witboi, um womöglich den Frieden wieder herzustellen. Er ist nicht zurückgekehrt, sondern wurde das erste Opfer seiner eigenen Politik.

Dazu bemerkt die „Deutsch-Südwestafrik. Ztg.": Dieser Brief bestätigt, was man auch von anderer Seite schon gehört hat, daß Herr von Burgsdorff nach Empfang der Kriegserklärung Witbois es unterlassen hat, die Tatsache bekannt zu geben und die Farmer zu warnen. Das setzt denn allerdings den mehr als schweren Unterlassungssünden, die von der Verwaltung im Gibeoner Bezirk begangen sind, die Krone auf. Für manchen wäre wahrscheinlich Zeit gewesen, sich zu retten, wenn er sofort gewarnt worden wäre. Das Unterlassen der Warnung in dem Gedanken, durch persönlichen Einfluß Witboi und seine Leute vielleicht noch umstimmen zu können, war unter den obwaltenden Umständen mehr als Verblendung. Nun, Herr von Burgsdorff hat mit dem Tode gebüßt.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser traf gestern nachmittag im Potsdamer Stadtschlosse zum Besuche seines kranken Sohnes ein. Die Kaiserin weilte bereits dort. Später fuhr der Monarch wieder nach Berlin zurück.

Ueber das Befinden des Prinzen Eitel Friedrich meldete der gestern ausgegebene Krankheitsbericht: Die Lösung der Lungenentzündung hat befriedigende Fortschritte gemacht. Die rechtsseitige Rippenfellentzündung ist abgelaufen, die Ausschwitzung im linken Rippenfellraum ist in steter Rückbildung. Die Temperaturen bewegten sich zwischen 36,6 und 37,2.

Fürst Ferdinand von Bulgarien wird nunmehr bereits in den nächsten Tagen zum Besuche am Kaiserhofe in Berlin eintreffen.

Die erste Lesung der Handelsverträge wird nach den neuesten Bestimmungen nicht am Donnerstag, sondern bereits am morgenden Dienstag im Reichstag erfolgen. Auch wird eine Verweisung der Verträge in die Kommission nicht erfolgen, sondern die zweite Lesung alsbald im Plenum vorgenommen werden.

Es ist ziemlich sicher, daß die preußische Kanalvorlage mit etwa 25 bis 30 Stimmen Mehrheit Annahme findet, wofern die Präsenzziffern der Abgeordneten keine beträchtlichen Schwankungen aufweisen. In der Opposition stehen 80 Konservative, 25 Freikonservative, 20 Zentrumsleute, sämtliche Polen auf Grund des Fraktionszwanges, 5 Nationalliberale und 5 Anhänger der freisinnigen Volkspartei.

Neuer Nachtragsetat für Südwestafrika. Von kolonialer Seite wird der „D. Tagesztg." mitgeteilt: Die zweite Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika ist erst vor wenigen Tagen beendet und schon ist ein neuer Nachtragsetat in Vorbereitung. Der neue Nachtragsetat wird sich wohl auf 50 Millionen Mark belaufen.

Die Sitzungen der Kommission zur Abänderung des Strafprozesses werden voraussichtlich Ende dieses Monats wieder aufgenommen. Sie stellen die 17. Tagung der Kommission dar. Wie anzunehmen ist, werden die Beratungen vor Ostern abgeschlossen sein. Nach dem Schlusse der Verhandlungen werden die diesbezüglichen Protokolle ohne Verzug veröffentlicht werden.

In neuerer Zeit machen sich Bestrebungen bemerkbar, die darauf abzielen, die sogenannten freien Berufe, namentlich die der Aerzte und Rechtsanwälte, der Gewerbebesteuerung zu unterwerfen. Man will damit, nachdem der Staat die Gewerbesteuer abgetreten hat, den Gemeindefinanzen zu Hilfe kommen. Selbstverständlich wäre Voraussetzung für den Erfolg dieser Bestrebungen eine entsprechende Aenderung des Gewerbesteuergesetzes. Daß diese bald erfolgen werde, ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Regierung sich den gekennzeichneten Bestrebungen gegenüber ablehnend verhält. Sie ist der Ansicht, daß es sich bei dem Ertrage ärztlicher und advokatorischer Arbeit im wesentlichen um ein unfundiertes Einkommen handelt, das die dem fundierten Einkommen angesonnene Realneben der Personalbesteuerung schwer vertragen kann weil die Ertragsquelle eben nur in dem Können und der Kraft der Person liegt.

Eine neue englische Drohung gegen Deutschland. Der Zivillord der Admiralität, Lell, hielt in East-Leigh eine Rede, in der er sagte, die Regierung habe nicht so sehr Frankreich und das Mittelmeer zu überwachen, als mit Unruhe, obschon nicht mit Furcht, nach der Nordsee hinzublicken. Aus diesem Grunde seien die englischen Flotten so umgestaltet worden, daß sie jeder Gefahr von dieser Seite trotzen können. Wenn es unglücklicherweise zu einer Kriegserklärung kommen sollte, würde die englische Flotte den ersten Schlag führen, noch ehe man auf der anderen Seite Zeit gehabt hätte, die Kriegserklärung in den Blättern zu lesen. Die letzte Reform beziehe sich ausschließlich auf Schiffsbauten. Die besten, schnellsten und bestgepanzerten Schiffe würden in den Seeschlachten der Zukunft eine Rolle spielen. Infolgedessen sei beschlossen worden, keine Ausgaben mehr für Reparaturen alter Schiffe zu machen. Man werde mit dem Ertrag dieser Ausgaben Schiffe von größtem und schnellstem Typ, ausschließlich armiert mit schwerster Artillerie und durch die stärksten Panzer geschützt, herstellen. Diese Schiffe würden nicht allzu zahlreich sein, aber eine um so größere Zerstörungskraft besitzen. — Es ist bemerkenswert, daß man in England fortgesetzt das Bedürfnis fühlt, auf angebliche deutsche Angriffspläne hinzuweisen. Da diese neuen Auslassungen aus den Kreisen der Regierung und aus dem Munde eines verantwortlichen Staatsmannes stammen, so wird man gut tun, diese Drohungen nicht allzuleicht zu nehmen. Da nun solche Gegensätze sich nicht mit diplomatischen Noten und friedfertigen Erklärungen aus der Welt schaffen lassen, so bleibt uns nur eins: selber ausreichend stark gerüstet sein. Und mit um so größerem Nachdruck muß gefordert werden, einmal unsere Flotte schneller als bisher auszubauen und zweitens die artilleristische Armierung unserer Linienschiffe hinreichend zu verstärken. Andernfalls geraten wir bedenklich ins Hintertreffen.

Der Generalstreik im Ruhrrevier dauert ununterbrochen an und es ist auch noch vorderhand auf eine Beilegung desselben nicht zu rechnen. Im In- und Auslande mehren sich aber die Kundgebungen im Interesse der Ausständigen und es ist unleugbar, daß auch weite bürgerliche Kreise die Partei der Streikenden vertreten. Die Verhandlungen über Vermittlungen werden zwar immer noch fortgesetzt, indessen ergaben sie bisher keine positiven Resultate, einzig und allein aus dem Grunde, weil auf seiten der Zechenbesitzer keinerlei Neigung zu irgendwelchen Zugeständnissen vorhanden ist. — Inzwischen ist es auch auf den fiskalischen schlesischen Zechen zu einem Ausstande gekommen, der aber, da den Bergleuten Zugeständnisse gemacht wurden, sich wieder im Rückgange befindet.

Oesterreich-Ungarn. Andrassy überbrachte Franz Kossuth die Mitteilung, daß ihn Kaiser Franz Josef gleich andern Parteiführern empfangen werde. Dies sensationell wirkende Ereignis wird von den Blättern der Unabhängigkeitspartei mit begeisterten Huldigungen für den konstitutionellsten Monarchen dankend gewürdigt. Mit dieser Berufung ist Kossuths Sohn am Ziele angelangt; ob er noch im letzten Moment straucheln wird, steht dahin.

SLUB
Wir führen Wissen.